

POSTULAT von Peter Schulthess (SP, Stäfa) und Katharina Prelicz-Huber (Grüne, Zürich)

betreffend Betreuungsangebot für kriegstraumatisierte Asylsuchende

Der Regierungsrat wird aufgefordert, ein spezielles sozialpsychiatrisches Betreuungsangebot für kriegstraumatisierte Asylsuchende zu schaffen, bzw. zu erhalten. Dazu soll der bisherige Leistungsauftrag an die Asylorganisation Zürich betreffend Führung eines entsprechend spezialisierten sozialtherapeutischen Zentrums mit stationärem, teilstationärem und ambulantes Angebot neu definiert und weitergeführt werden.

Peter Schulthess
Katharina Prelicz-Huber

Begründung:

Menschen mit Kriegstraumatisierungen, mit denen sie kaum fertig werden, haben aus humanitären und fachlichen Gründen einen Anspruch auf qualifizierte Behandlung. Es handelt sich hier um eine Menschengruppe, deren Asylgesuch in aller Regel auch positiv entschieden wird. Aus der Praxis der Betreuung von kriegstraumatisierten Asylsuchenden zeigt sich, dass ein dringlicher Bedarf nach einer solchen Einrichtung besteht. Die vorhandenen psychiatrischen Strukturen genügen nicht. Weder die sozialpsychiatrischen Wohngemeinschaften noch die Psychiatrischen Kliniken sind dafür eingerichtet, mit fremdsprachigen Kriegstraumatisierten mit schweren sozialen und psychischen Problemen umzugehen. Es zeigt sich verschiedentlich ein fachlich unverantwortlicher Effekt der Drehtürpsychiatrie: Solche Menschen werden den Gemeinden zur Betreuung übergeben, wo geeignete Unterbringungsmöglichkeiten aber fehlen; in (meist lebensbedrohlichen) Krisen muss eine psychiatrische Hospitalisation veranlasst werden, danach fehlt erneut die geeignete Unterbringungsmöglichkeit und wiederum wird eine Hospitalisation nötig, usw. Diese Patientengruppe braucht ein spezifisches Angebot, wo Personen der gleichen Muttersprache einbezogen werden können und sozialtherapeutische sowie psychotherapeutische, ethnologische und psychiatrische Kompetenz vorhanden ist. Dies ist in den psychiatrischen Kliniken nicht in ausreichendem Mass gegeben. Manchmal lässt sich eine Stabilisierung über ein ambulantes Angebot erreichen, oft reicht dies aber nicht und es braucht ein teilstationäres, manchmal aber auch ein stationäres Angebot. Fachleute schätzen, dass im Kanton Zürich etwa 50 kriegstraumatisierte Asylsuchende ein solches Angebot bräuchten. Leider hat das kantonale Sozialamt die Leistungsvereinbarung mit der Asylorganisation Zürich für das Sozialtherapeutische Zentrum für 2007 nicht mehr erneuert, da der Bedarf fehle und die üblichen sozialpsychiatrischen Strukturen genügen würden, um auch dieser Klientel gerecht zu werden. (Vgl. auch die Antwort des Regierungsrates auf die Anfrage KR-Nr. 206/2006). Das steht im Widerspruch zu unseren eigenen Recherchen. Das professionelle Angebot des sozialtherapeutischen Zentrums der Asylorganisation Zürich ist deswegen wenig frequentiert worden, weil das Sozialamt als zuweisende Stelle lieber unqualifizierte Unterbringungen in verschiedenen Gemeinden suchte, statt das fachlich qualifizierte Angebot zu nutzen. In einem Gutachten hat das Bundesamt für Migration die besondere Nützlichkeit eines solchen Angebots (damals bezogen auf das Ethnopsychologische Zentrum [EPZ]) bestätigt und verschiedene Gemeinden bestätigen dies.

Begründung der Dringlichkeit:

Der bisherige Leistungsauftrag für das sozialtherapeutische Zentrum läuft Ende Jahr aus. Es muss rasch eine sachgerechte und umfassende Lösung gefunden werden, bevor die ganze Fachkompetenz des Zentrums durch Mitarbeiterabgänge zerstört ist.